

Hans Gersbach

Demokratie als institutionelles Entdeckungsverfahren für neue Regeln

Demokratien leiden häufig unter Kurzsichtigkeit: Politische Anreize, kurzfristige populäre Maßnahmen umzusetzen, lassen langfristige Wirkungen in den Hintergrund treten. Dies geht zulasten zukünftiger Generationen. Dieser Artikel entwickelt ein Konzept der Demokratie als institutionellen Entdeckungsprozess, der neue politische Regelwerke hervorbringt, um die Selbstbindung und Disziplin politischer Akteure zu stärken und sinkendem Vertrauen in die demokratische Regierungsführung entgegenzuwirken. Diese Regeln sollten in Pilotprojekten und schrittweisen Reformen erprobt und angepasst werden.

Wie können kurzfristige Anreize von Politikern und Wählern mit langfristigen Zielen der Gesellschaft in Einklang gebracht werden? Demokratien leiden häufig unter Kurzsichtigkeit: Wahlzyklen belohnen populäre Maßnahmen im Hier und Jetzt, während Kosten oft auf zukünftige Generationen abgewälzt werden. Institutionelle Innovationen können helfen, dieses Problem zu mildern, indem sie den politischen Prozess mit Mechanismen der Selbstbindung, Disziplinierung oder erweiterten Legitimation anreichern.

Ich verstehe Demokratien als lernende Systeme, die sich im Spannungsfeld von Institutionen, gesellschaftlichen Herausforderungen und kollektiven Entscheidungen weiterentwickeln. Diese Perspektive – Demokratie als *institutionelles Entdeckungsverfahren* – eröffnet den Blick darauf, dass nicht nur Inhalte, sondern auch die Regeln des politischen Spiels selbst Gegenstand von Innovation und Erneuerung sein können.

Die liberale Demokratie beruht auf einem festen Fundament: Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Grundrechte, freie und faire Wahlen sowie die Herrschaft der Mehrheit bei gleichzeitiger Sicherung von Minderheitenrechten. Diese Grundprinzipien setzen den Rahmen, innerhalb dessen sich demokratische Innovationen bewegen. Auf den ersten Blick mag dieser Rahmen eng erscheinen. Doch gerade weil er grundlegende Freiheiten und Verfahren sichert, schafft er die Möglichkeit, neue institutionelle

Formen zu erproben, ohne den Kern der liberalen Demokratie zu gefährden.

Die Idee, Demokratie als Entdeckungsverfahren zu begreifen, knüpft an verschiedene intellektuelle Traditionen an. Demokratien sind Mechanismen zur Fehlerkorrektur: Durch Wahlen können unpopuläre oder ineffiziente Regierungen abgewählt werden. Sie sind Räume der Deliberation: Öffentliche Debatten eröffnen Chancen für kollektives Lernen. Und sie sind – aus der hier verfolgten Perspektive – Arenen der Regelerneuerung: Bestehende Entscheidungsregeln können in Frage gestellt, angepasst oder ergänzt werden.

In den letzten zwei Jahrzehnten habe ich gemeinsam mit Co-Autoren eine Reihe demokratischer Innovationen entwickelt und untersucht.¹ Sie lassen sich als Experimente

1 Dazu zählen insbesondere politische Verträge, demokratische Mechanismen und neue Wahl- und Abstimmungsregeln wie Assessment Voting, Pendular Voting, Balanced Voting, Voting Twice, Co-Voting, History-bound Reelections, Minority Voting, Flexible Majority Rules und Debt-sensitive Majority Rules. Eine zusammenfassende Darstellung dieser Vorschläge findet sich in Gersbach (2005, 2012, 2017, 2024); vertiefende Analysen finden sich in aktuellen Fachbeiträgen, darunter zum Beispiel Gersbach (2020, 2025), Gersbach et al. (2021, 2024) sowie Gersbach und Blieske (2025).

im großen Labor der Demokratie verstehen – als Entwürfe, die getestet, angepasst oder letztendlich auch verworfen werden können. Drei dieser Ansätze stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags:

- *Schuldensensitive Mehrheitsregeln*: ein Verfahren, das den Parlamentsmehrheiten für neue Schulden eine flexible Hürde setzt, abhängig von der Höhe der Verschuldung, um Generationengerechtigkeit zu stärken.
- *Politische Verträge*: freiwillige Selbstbindungen von Politikern, bei denen überprüfbare Wahlversprechen mit klaren Konsequenzen bei Nichterfüllung verknüpft werden. Ziel ist es, die Verbindlichkeit politischer Zusagen zu erhöhen und langfristige Verantwortung zu stärken.
- *Catenarian Discipline*: ein Regelwerk, das die Handlungsspielräume von Amtsinhabern an das Verhalten ihrer Vorgänger koppelt und so intertemporale Disziplin erzeugt.

Diese Ansätze illustrieren exemplarisch, wie sich Demokratie als institutionelles Entdeckungsverfahren denken lässt. Sie erweitern den Möglichkeitsraum für kollektive Entscheidungen, indem sie Regeln verändern, die bislang als selbstverständlich galten. Zugleich werfen sie selbstverständlich auch Fragen nach Umsetzbarkeit, Nebenwirkungen und Legitimation auf.

Der Beitrag verfolgt zwei Ziele: *Erstens* soll er einen Überblick über diese institutionellen Innovationen geben und ihre Funktionsweise erläutern. *Zweitens* sollen Chancen und Grenzen der Idee diskutiert werden, Demokratie durch solche Mechanismen zu stärken. Im Zentrum steht dabei stets die Frage, wie sich liberale Demokratien in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Polarisierung, zunehmender Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen und globaler Herausforderungen weiterentwickeln können.

Schuldensensitive Mehrheitsregeln als flexible Schuldenbremse

Staatsschulden sind einer der zentralen Verknüpfungspunkte zwischen heutigen Wählergenerationen und den nachfolgenden. Während Ausgabenprogramme oft kurzfristig politische Erträge versprechen, tragen künftige Steuerzahler die Last der Tilgung. Viele Demokratien kennen daher eine Tendenz zur übermäßigen Verschuldung. Institutionelle Vorkehrungen wie Schuldenbremsen sollen dem entgegenwirken, geraten aber häufig ins Dilemma zwischen Glaubwürdigkeit und Flexibilität: Strikte Regeln verlieren in Krisenzeiten an Akzeptanz; zu flexible Regeln laufen Gefahr, ständig umgangen zu werden.

Die schuldensensitive Mehrheitsregel (SSM) setzt an dieser Problematik an. Sie verknüpft die Höhe der staatlichen Neuverschuldung mit der erforderlichen Parlamentsmehrheit: Je höher die geplante Kreditaufnahme ist, desto größer muss das zustimmende Quorum ausfallen. Kleine staatliche Defizite können mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, mittlere erfordern breitere Koalitionen, und sehr hohe Schulden sind nur mit einer übergroßen Mehrheit möglich. Damit entsteht eine *flexible Mehrheitsregel*, die das Gewicht der Entscheidung proportional zur Belastung künftiger Generationen bemisst.

Die konkrete Funktionsweise der SSM lässt sich am einfachsten durch ein Beispiel veranschaulichen: Eine Kreditaufnahme von y Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) könnte mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Soll darüber hinaus eine zusätzliche Verschuldung von $0, x$ Prozent des BIP erfolgen, so muss die Abstimmung im Parlament mit mindestens $(50 + x)$ Prozent der Stimmen gewonnen werden.

Die SSM wirkt auf mehreren Ebenen:

- *Disziplinierung*: Eine Regierung muss bei wachsender Verschuldung mehr Partner einbinden. Die Kosten von Koalitionsbildung steigen, und die Handlungsspielräume der Regierung sinken.
- *Anreizkompatibilität*: Wird eine Haushaltsplanung regelmäßig überschritten, fließen die Abweichungen in ein Ausgleichskonto ein, das den künftigen Verschuldungsspielraum schmälert. Damit werden rosige Prognosen oder exzessive Defizite sanktioniert.
- *Flexibilität*: In schweren Rezessionen oder Katastrophen ist eine breite parlamentarische Unterstützung realistisch, sodass die Regel Handlungsfähigkeit für Rezessionen oder Krisen erhält.

Erste Forschungsarbeiten zeigen, dass eine SSM die bekannten Ursachen exzessiver Staatsverschuldung adressiert: Interessengruppen können weniger leicht auf Kosten der Allgemeinheit profitieren; kurzsichtige Politik wird durch höhere Mehrheitsanforderungen gebremst; und die intergenerationelle Gerechtigkeit wird gestärkt, da größere Verschuldungen nur bei breiter Legitimation zustande kommen.

Zugleich verändert die SSM den politischen Prozess grundlegend. Parteien müssen die Größe ihrer potenziellen Koalitionen strategisch einkalkulieren. Manche Parteien könnten an Einfluss gewinnen, wenn ihre Zustimmung für höhere Kreditaufnahmen unverzichtbar wird. Dadurch entstehen neue Dynamiken: Einerseits können stabilere, breiter abgestützte Finanzentscheidungen resultieren; andererseits besteht das Risiko von Blockaden, wenn

notwendige Mehrheiten nicht zustande kommen. Die Verantwortung der Parlamentsmitglieder wird dadurch gestärkt. Auch das Wählerverhalten kann sich verändern: Strategische Überlegungen bei der Stimmabgabe gewinnen an Gewicht, wenn bestimmte Parteien bei fiskalischen Fragen eine entscheidende Rolle spielen.

Ein wesentlicher Vorteil liegt in der Transparenz. Die Bürger:innen können klar erkennen, dass größere Verschuldungen nur durch übergreifenden Konsens möglich sind. Damit verbessert die SSM die Legitimation fiskalischer Entscheidungen. Parlamentsbeschlüsse schaffen zudem unmittelbare Rechtssicherheit – ohne den Rückgriff auf komplizierte Ausnahmetatbestände oder gar Gerichtsentscheide, wie sie etwa in Deutschland erforderlich waren. Die Regel selbst vereint Flexibilität und Strenge, indem sie Anpassungen erlaubt, aber nur bei hinreichend breiter Unterstützung.

Die konkrete Kalibrierung der SSM, also ab welcher Verschuldung welche Mehrheiten nötig sind, ist entscheidend. Eine zu konservative Ausgestaltung könnte dringend nötige Investitionen verhindern, eine zu laxe würde den disziplinierenden Effekt abschwächen. Auch ist die politische Umsetzbarkeit nicht trivial: Regierungen und Abgeordnete haben naturgemäß wenig Interesse daran, sich in ihrer fiskalischen Handlungsfreiheit einschränken zu lassen.

Trotz dieser Herausforderungen illustriert die SSM, wie Demokratie als Entdeckungsverfahren funktionieren kann. Sie verschiebt die Budgethoheit nicht auf externe Institutionen, sondern belässt sie vollständig im Parlament, wo sie hingehört. Die SSM verändert dabei jedoch die Bedingungen, unter denen Entscheidungen getroffen werden.

Politische Verträge: Selbstbindung in Demokratien

Ein zentrales Problem moderner Demokratien ist die Kurzichtigkeit politischer Entscheidungsträger. Wahlzyklen belohnen Maßnahmen mit unmittelbarer Wirkung, während Reformen mit langfristigem Nutzen oft vernachlässigt werden. So kann eine systematische Unterversorgung mit Investitionen entstehen, etwa in Bildung, Forschung und Entwicklung, Verteidigungsfähigkeit oder Infrastruktur. Politische Rhetorik ist reich an Versprechen, doch deren Umsetzung bleibt häufig vage oder unvollständig.

Die Idee der politischen Verträge setzt genau hier an: Politiker haben eine Vertragsoption und können sich freiwillig an konkrete und überprüfbare Ziele binden. Diese Selbstbindung kann vor einer Wahl erfolgen und schafft

eine zusätzliche Ebene der Verbindlichkeit gegenüber den Bürger:innen. Der Mechanismus ähnelt einem Vertrag im ökonomischen Sinne: Ein Akteur verspricht eine bestimmte Leistung und verknüpft damit monetäre oder nicht-monetäre Konsequenzen – je nachdem, ob das Versprechen eingehalten wird.

Zwei Formen solcher Verträge sind besonders hervorzuheben:

- *Wiederwahl-Schwellenverträge*: Politiker legen messbare Ziele fest, etwa eine gewisse Reduktion der Arbeitslosigkeit bis zum Ende der Amtsperiode oder die Umsetzung bestimmter Reformen. Nur wenn diese Ziele erreicht werden, dürfen sie erneut kandidieren. Der Vertrag wirkt somit als Filter, der Wiederwahl nur bei nachweisbarer Leistung erlaubt.
- *Langfristige Selbstbindungsverträge*: Diese reichen über die Amtszeit hinaus. Ein Regierungschef könnte sich verpflichten, dass bestimmte Indikatoren (z.B. Staatsverschuldung, Bildungsstandards oder CO₂-Emissionen) auch zehn Jahre später im akzeptierten Bereich liegen. Die Belohnung erfolgt dann nachträglich, etwa durch öffentliche Anerkennung, Ehrenämter oder auch monetäre Prämien. So entsteht ein Anreiz, auch in der Gegenwart weitsichtige Entscheidungen zu treffen.

Der Nutzen politischer Verträge liegt in ihrer Fähigkeit, die Glaubwürdigkeit von Wahlversprechen zu erhöhen und Politiker stärker auf das Gemeinwohl auszurichten. Sie passen in das Konzept der Demokratie als Entdeckungsverfahren, da sie experimentell neue Bindungsmechanismen einführen, ohne den Kern der liberalen Demokratie, d.h. freie Wahlen, Gewaltenteilung und Grundrechte, anzutasten.

Gleichzeitig weist unsere Forschung auf zentrale Herausforderungen hin. So besteht etwa das Risiko, dass sich Politiker einseitig auf die vertraglich fixierten Ziele konzentrieren und andere Politikbereiche vernachlässigen. Dieser Effekt wird jedoch durch die Wiederwahlentscheidung relativiert: Eine erfolgreiche Zielerfüllung allein garantiert nicht den politischen Erfolg, wenn zugleich andere Anliegen der Wählerschaft vernachlässigt wurden. Ebenso bedarf es einer unabhängigen Instanz mit klarer rechtlicher Grundlage, die die Verträge prüft, registriert und deren Einhaltung überwacht. Schließlich müssen solche Vereinbarungen auch unvorhersehbare Ereignisse wie Pandemien, Naturkatastrophen oder Kriege berücksichtigen. In solchen Fällen könnte eine qualifizierte parlamentarische Mehrheit – etwa eine Zweidrittelmehrheit – eine vorübergehende Aussetzung oder Anpassung der vertraglichen Verpflichtungen beschließen.

Politische Verträge erfordern eine verfassungsrechtliche Fundierung, entfalten dann aber beträchtliches Potenzial. Sie können dazu beitragen, den Graben zwischen Wahlversprechen und politischer Realität zu schließen und langfristige Verantwortung zu fördern. Zudem stärken sie das Vertrauen der Wähler, da erkennbar wird, welche Versprechen belastbar sind – und welche nicht.

Insgesamt zeigen politische Verträge, wie durch institutionelle Kreativität Anreizstrukturen verändert werden können. Demokratie bleibt damit nicht statisch, sondern wird zum offenen Feld, in dem neue Formen der Verbindlichkeit ausprobiert werden.

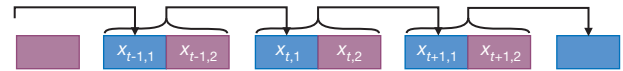
Catenarian Discipline: Verkettete Amtsführung und Normenbildung

Ein weiteres Konzept institutioneller Innovation ist die sogenannte Catenarian Discipline. Ihr Ausgangspunkt ist ein klassisches Problem der politischen Ökonomie: Amtsinhaber verfügen über die Möglichkeit, ihren Handlungsspielraum durch zusätzliche Schuldenaufnahme kurzfristig auszuweiten. Diese Spielräume können sowohl im Interesse der Allgemeinheit als auch zum eigenen politischen Vorteil eingesetzt werden. Ohne wirksame Vorkehrungen besteht die Gefahr, dass Regierende kurzfristig eigennützig handeln, etwa durch Klientelpolitik oder Patronage, während die langfristige Bereitstellung öffentlicher Güter zu kurz kommt.

Die Idee der Catenarian Discipline besteht darin, das Verhalten von Amtsinhabern über aufeinanderfolgende Amtszeiten hinweg miteinander zu verknüpfen. Dieses Kettenprinzip bewirkt eine indirekte Form der Disziplinierung: Der Handlungsspielraum jeder Regierung wird zum Teil durch das Verhalten ihrer Vorgänger beschränkt. Wer öffentliche Mittel exzessiv beansprucht, ebnet damit den Weg für künftige Regierungen, ähnlich nachlässig zu agieren. Wer sich hingegen maßvoll verhält, zwingt auch die Nachfolger zu Zurückhaltung. Auf diese Weise können sich über mehrere Amtszeiten hinweg Normen nachhaltiger Politik herausbilden, die insgesamt zu einer stärkeren Bereitstellung öffentlicher Güter und einer geringeren Nutzung politischer Ämter zum Eigenvorteil führen.

Das Prinzip lässt sich anschaulich an einem einfachen Regelmechanismus illustrieren (Abbildung 1): Angenommen, der fiskalische Handlungsspielraum einer neuen Regierung soll in der ersten Hälfte ihrer Amtszeit durch das Verhalten der Vorgängerregierung über deren gesamte Amtszeit hinweg begrenzt sein. In der zweiten Hälfte ist sie frei in ihren Entscheidungen. Ihre Entscheidungen über die gesamte Amtszeit beeinflussen jedoch wiederum den Handlungsspielraum der folgenden Regierung

Abbildung 1
Verkettungsprinzip der Catenarian Discipline



Quelle: eigene Darstellung.

in deren erster Hälfte. Eine gesetzlich verankerte Regel könnte etwa folgendermaßen ausgestaltet sein:

$$x_{t+1,1} \leq 0,5(x_{t,1} + x_{t,2}),$$

wobei $x_{t,1}$ (bzw. $x_{t,2}$) für den Grad der Neuverschuldung in Prozent des BIP in der ersten (bzw. zweiten) Hälfte der Amtsperiode t steht. Der fiskalische Spielraum in der ersten Hälfte der nächsten Amtszeit $x_{t+1,1}$ wird so direkt durch das Verhalten der aktuellen Regierung bestimmt (Abbildung 1).

Analysen zeigen, dass unter bestimmten Bedingungen ein solcher Verkettungsmechanismus tatsächlich zu Pareto-Verbesserungen führt: Die Gesellschaft profitiert von einer stabileren, maßvolleren Politik, ohne die demokratische Entscheidungsfreiheit grundsätzlich einzuschränken. Zugleich bleibt ein gewisser politischer Spielraum erhalten, da die Regel in der ersten Hälfte der Amtsperiode zwar an das Verhalten der Vorgänger anknüpft, aber keine fixen Grenzen für die zweite Hälfte und damit die Gesamtperiode vorschreibt.

Wie bei allen institutionellen Innovationen sind Varianten einer solchen Regel nötig, um Flexibilität zu gewährleisten. Diskutiert werden etwa Modelle, bei denen die Einschränkungen nicht automatisch zu Beginn einer Amtszeit greifen, sondern situationsabhängig in der Amtszeit aktiviert werden. Auch könnte beispielsweise der Vorgänger das Inkrafttreten der Begrenzungen um eine Amtsperiode verschieben, um bei wirtschaftlichen Schocks oder anderen akuten Krisen zusätzliche Handlungsspielräume für die Nachfolgeregierung zu ermöglichen.

Der Vorteil der Catenarian Discipline liegt darin, dass sie die Demokratie um einen intertemporalen Lern- und Bindungseffekt erweitert. Jede Regierung hinterlässt nicht nur politische Ergebnisse, sondern auch strukturelle und normative Vorgaben, die die Nachfolger binden. Auf diese Weise entsteht eine Art kollektives Gedächtnis über gute oder schlechte Regierungsführung. Nachhaltiges Verhalten wird verstetigt und die Verantwortung bei unangemessenem Verhalten steigt. Anwendungsbeispiele sind etwa fiskalische Regeln zur Staatsverschuldung oder die

Sicherstellung langfristiger Investitionen, beispielsweise in Bildung oder Grundlagenforschung. Man kann sich sogar vorstellen, dass Politiker im Wettbewerb gezielt Angebote zur Verkettung machen – also Bereitschaft signalisieren, sich an die Disziplin ihrer Vorgänger zu binden.

Die Catenarian Discipline veranschaulicht, wie weit man das Konzept der Demokratie als institutionelles Entdeckungsverfahren denken kann. Anstatt allein den aktuellen Amtsinhaber zu disziplinieren, wird ein Mechanismus geschaffen, der über Generationen hinweg Wirkung entfaltet. Damit wird Demokratie nicht nur ein Ort kurzfristiger politischer Konkurrenz, sondern auch ein Experimentierfeld für intertemporale Verantwortung.

Diskussion

Die vorgestellten Konzepte – schuldensensitive Mehrheitsregeln, politische Verträge und Catenarian Discipline – zeigen, wie Demokratie durch institutionelle Innovation gezielt weiterentwickelt werden kann. Sie adressieren zentrale Schwächen moderner Demokratien wie Kurzsichtigkeit, vage Versprechen oder eigennütziges Regierungsverhalten, und eröffnen neue Möglichkeiten für Glaubwürdigkeit, Langfristigkeit und Verantwortlichkeit.

Noch sind diese Ansätze überwiegend in der Entwicklungsphase, wobei flexible Mehrheitsregeln auch schon in der Praxis zur Anwendung gekommen sind (Gersbach, 2024). Doch gerade das eröffnet Chancen für kontrollierte Erprobungen, etwa in kommunalen Pilotprojekten, föderalen Kontexten oder digitalen Szenarien. Da neue Regeln die politischen Anreizstrukturen, Strategien und Verantwortungsprofile verändern, können dabei auch unerwartete Effekte auftreten. Umso wichtiger ist ein schrittweises, gut kalibriertes Vorgehen, das Spielräume schafft, ohne übermäßige Komplexität zu erzeugen. Viele Effekte, wie etwa stabilere Koalitionen, glaubwürdigere Wahlversprechen oder ein intertemporaler Lerneffekt, lassen sich positiv gestalten, wenn die Implementierung umsichtig erfolgt.

Einige Vorschläge, insbesondere politische Verträge und auch schuldensensitive Mehrheitsregeln, erfordern neue oder angepasste Verfassungsnormen. Doch es gibt immer wieder Konstellationen, in denen auch tiefgreifende Reformen möglich sind, wenn sie verständlich kommuniziert und breit diskutiert werden. Verfassungsänderungen können selbst Teil eines Entdeckungsverfahrens sein.

Für die gesellschaftliche Akzeptanz ist die Verständlichkeit entscheidend. Nur wenn Bürger:innen die Logik neuer Regeln nachvollziehen können, entsteht Legitimität. Gerade darin liegt ein demokratisches Potenzial: Durch-

dachte Reformen können das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken und die politische Kultur beleben.

Natürlich werden Einschränkungen bestehender Handlungsspielräume nicht überall auf Zustimmung stoßen. Doch in Zeiten sichtbarer Krisen, beispielsweise im Bereich der Staatsverschuldung oder angesichts aktueller Herausforderungen liberaler Demokratien, steigt meist die Offenheit für weitreichende Reformen.

Die vorgestellten Ansätze sind, jeder für sich, keine vollumfassenden Blaupausen, sondern kreative Bausteine für die Weiterentwicklung der Demokratie. Sie eröffnen die Möglichkeit, Probleme nicht nur innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens zu lösen, sondern diesen Rahmen selbst weiterzudenken. Es entsteht ein Lernprozess, der die Innovationskraft der Demokratie unterstreicht.

Schlussfolgerungen

Demokratien stehen heute unter erheblichem Druck: Polarisierung, Vertrauensverlust, wachsende Staatsschulden und geopolitische Verwerfungen stellen die Belastbarkeit politischer Systeme auf die Probe. In dieser Situation reicht es nicht aus, nur politische Inhalte zu erneuern. Auch die Regelwerke der Demokratie selbst müssen immer wieder hinterfragt und angepasst werden.

Die drei hier dargestellten Ansätze – schuldensensitive Mehrheitsregeln, politische Verträge und Catenarian Discipline – verdeutlichen, wie Demokratie als institutionelles Entdeckungsverfahren verstanden werden kann. Alle Konzepte setzen dort an, wo kurzfristige Anreize und langfristige Wohlfahrt kollidieren. Sie zeigen, dass institutionelle Reformen nicht im Widerspruch zu den Grundwerten der liberalen Demokratie stehen, sondern diese sogar stärken können.

Auch wenn die praktische Umsetzung sorgfältiger Vorbereitung bedarf (z. B. experimentelle Pilotprojekte), liegt darin keine Schwäche, sondern eine Chance: Demokratie gewinnt, wenn sie Regeln nicht als starres Korsett, sondern als gestaltbare Rahmenbedingungen begreift. Schon kleine Experimente, Pilotprojekte oder regionale Modellversuche können wertvolle Erkenntnisse liefern.

Die hier diskutierten Ansätze sind Teil einer umfassenderen Forschungsagenda, die sich seit Jahren der Frage widmet, wie Demokratien durch politische Verträge, neue Wahlverfahren, flexible Mehrheitsregeln und innovative Mechanismen gestärkt werden können. Diese Tradition zeigt: Institutionelle Innovationen sind keine Ausnahme, sondern ein fortlaufender Prozess demokratischer

Selbsterneuerung. Gerade angesichts heutiger Probleme ist es entscheidend, dass Demokratien ihre Innovationskraft nutzen. Die Entwicklung der Demokratie entscheidet sich nicht allein daran, welche politischen Maßnahmen wir jetzt ergreifen, sondern auch daran, wie wir in Zukunft entscheiden werden. Wer Demokratie als institutionelles Entdeckungsverfahren versteht, erkennt in institutioneller Kreativität keine Bedrohung, sondern eine Erneuerung der demokratischen Idee.

Literatur

Gersbach, H. (2005). *Designing Democracy: Ideas for Better Rules*. Springer.
 Gersbach, H. (2012). Contractual Democracy. *Review of Law & Economics*, 8(3), 823–851.

Gersbach, H. (2017). *Redesigning democracy: More ideas for better rules*. Springer.
 Gersbach, H. (2020). History-bound reelections. *American Economic Journal: Microeconomics*, 12(3), 33–75.
 Gersbach, H., Mamageishvili, A. & Tejada, O. (2021). The effect of handicaps on turnout for large electorates with an application to assessment voting. *Journal of Economic Theory*, 195.
 Gersbach, H., Jackson, M., Muller, P. & Tejada, O. (2023). Electoral competition with costly policy changes: A Dynamic Perspective. *Journal of Economic Theory*, 214.
 Gersbach, H. (2024). Forms of new democracy. *Social Choice and Welfare*, 62(4), 799–837.
 Gersbach, H. & Tejada, O. (2024). Semi-flexible majority rules for public good provision. *Social Choice and Welfare*, 63(3-4), 677–715.
 Gersbach, H. (2025). Schuldensensitive Mehrheitsregeln als Schuldenbremse. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(2), 234–241.
 Gersbach, H. & Blieske, P. (2025). Debt-sensitive majority rule as stabilization mechanism, *CEPR Discussion Papers*, 20266.

Title: *Strengthening democracy: Discovery procedures for better institutional rules*

Abstract: This article develops a conception of democracy as an institutional discovery process for new rules, highlighting how political rules themselves can be innovated to address structural weaknesses such as short-termism and declining trust in democratic governance. It presents three institutional innovations – debt-sensitive majority rules, political contracts, and Catenarian Discipline – as experimental frameworks for aligning short-term political incentives with long-term societal welfare. While grounded in liberal-democratic principles, these proposals expand the design space for democratic institutions. Emphasising both theoretical foundations and practical implementation challenges, the article argues that institutional creativity can strengthen democracy and should be pursued through pilot projects and incremental reform.